

Gemeinde Mainhausen, Donnerstag, 17. April 2014

Lärmschutzverordnung fordert Einschränkungen

„Lärm wurde in den letzten Jahrzehnten zu einer der größten Umweltbelastungen“, stellt Bürgermeisterin Ruth Disser einleitend fest. Menschen reagieren sehr unterschiedlich auf Geräusche. Lärmemissionen jedoch sind bei jeder Art von Veranstaltungen unvermeidbar, gerade bei Musikveranstaltungen.

„Diese Geräuschkulisse ist dafür verantwortlich, dass sich die Nachbarschaft in der Umgebung von Veranstaltungen teils massiv gestört fühlt“, erläutert die Verwaltungschefin, „weil hier jedes Wochenende ‚was los ist‘ und weil die Lärmereignisse oft während der üblichen Erholungszeiten stattfinden, also am Feierabend oder an Sonn- und Feiertagen und eben auch in den Nachtzeiten.“ Es besteht unbestritten ein besonderes Konfliktpotential zwischen Verursacher und Betroffenen bei Veranstaltungen.

Das Ordnungsamt der Gemeinde Mainhausen, als zuständige Behörde, stellt in den vergangenen Jahren eine Zunahme der Beschwerden, über den Freizeit- und Veranstaltungslärm, fest. Es entstehen Konflikte nicht immer einfach gelöst werden können.

„Als Verwaltungsbehörde stehen wir in der Pflicht alle öffentlichen und privaten Belange sorgfältig abzuwägen und Abhilfe für die Betroffenen zu schaffen. Gesetzliche Auflagen und Richtlinien sind einzuhalten und umzusetzen. Dem Schutz der Nachtruhe kommt hier eine große Bedeutung zu“, teilt Bürgermeisterin Disser mit, „eine zufriedenstellende Lösung für alle, wird es hier nicht geben, daher haben wir uns für einen Kompromiss entschieden.“

Bei Veranstaltungen ist ab sofort ein generelles Ende von Livemusik/Beschallung nachts um 0.00 Uhr einzuhalten, um 1.00 Uhr müssen die Veranstaltungen komplett beendet sein. Es können allerdings Ausnahmeregelungen auf Antrag erteilt werden, die Prüfung wird insbesondere den Veranstaltungsort berücksichtigen. Die Einhaltung der neuen Lärmschutzmaßnahme wird von Seiten der Gemeinde überprüft und bei Verstößen dagegen auch entsprechend gehandelt werden.

„Mit Verständnis und gegenseitiger Rücksichtnahme dürften so, Streitigkeiten und Konflikte vermieden werden und ein harmonisches Miteinander aller Parteien erhalten werden“, hofft die Verwaltungschefin.